Artikel vom 29.03.2023 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 18:19 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/jetzt-muss-mal-was-passieren

Jetzt muss mal was passieren



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Die Agrarministerkonferenz konnte sich bei dem Thema nicht einigen. Genauso stehen sich am Niederrhein die verschiedenen Parteien unversöhnlich gegenüber, wenn es um den Wolf geht. Dabei spitzt sich die Situation immer mehr zu.

Den offiziellen Zahlen auf der Website wolf.nrw zufolge hat es in Nordrhein-Westfalen seit 2009 555 Wolfsnachweise gegeben. Bei dem ersten handelte es sich um einen Nutztierriss im Kreis Höxter. Die nächsten Vorfälle wurden Ende 2014, Anfang 2015 in Stemwede und Siegen registriert. Von da an nehmen die Nachweise Jahr für Jahr zu. Am häufigsten taucht der Kreis Wesel in der Liste mit 206 Fällen auf. Der jüngste ereignete sich am 28. Februar bei Dinslaken. Dabei wurden neun Schafe getötet, sechs mussten euthanasiert werden. So steht es jedenfalls im Bericht, den Umweltminister Oliver Krischer für den Umweltausschuss im Landtag anfertigen musste. Der geht zwar auch darauf ein, dass weitere Tiere vermisst worden sind. Die nüchternen Worte geben aber keinen Eindruck davon, was der betroffene Schafhalter erleidet: Mehr als ein Zehntel seiner Herde ist tot und der Rest so verstört, dass noch lange mit Nachwirkungen zu rechnen ist. So gehen wohl auch etliche Verlammungen und Totgeburten in den vergangenen Tagen auf das Konto von Wölfin Gloria und ihrem Sohn, die das Blutbad angerichtet haben.

Kurt Opriel, Schäfer aus Hünxe, hat dem Jungschäfer geholfen, die Kadaver wegzuräumen. Opriel weiß, wovon er spricht. Er hat selbst einige Wolfsübergriffe auf seine Schafherde erlitten. Er wollte deswegen sogar gerichtlich die Entnahme der problematischen Wölfin erreichen. Was er daraufhin erleben musste, waren auch Morddrohungen. Dass er dennoch weitergemacht hat, schreibt er der Unterstützung des Gahlener Bürgerforums sowie von Berufskollegen zu. Allerdings hat er auch Zweifel, wie es in seinem Betrieb weitergeht. Die Schafe stehen nun vor allem im Stall und kommen nur noch auf eine besonders geschützte Weide. Möglicherweise sattelt er auf Rinder um. Ob er ganz aus der Weidehaltung aussteigt, lässt er im Gespräch mit der LZ Rheinland (siehe S. 20/21) offen. Ändert sich an der Wolfspolitik nichts, scheint die Zukunft der Weidehaltung aber vorgezeichnet zu sein. Denn Opriel kritisiert: „Es wird einerseits artgerechte Tierhaltung auf der Weide verlangt und andererseits durch den Wolf kaputtgemacht.“

Da klingt es schon wie Hohn, wenn Umweltorganisationen wie Greenpeace im Vorfeld der Agrarministerkonferenz Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir auffordern, mehr Geld für die Weidehaltung für Rinder lockerzumachen (siehe S. 4). Und man ist durchaus geneigt, mit Polemik zu antworten, dass es ihnen vielleicht nur um die Weidehaltung geht, um die Nahrungsgrundlage für die zunehmende Zahl an Wolfsrudeln in Deutschland zu sichern. Dass etwa die Wölfe aus dem Schermbecker Gebiet ihre Streifzüge regional ausgeweitet haben, begründen nicht nur ortsansässige Jäger mit einem Verweis auf geringere Rehwildbestände.

Förderlich für die Diversität der heimischen Fauna ist das Anwachsen der Wolfspopulation also beileibe nicht, auch nicht für die Diversität der heimischen Flora. Das lässt ein offiziell noch nicht bestätigter Wolfsriss eines Galloway-Rindes in Voerde befürchten. Das Tier war mit weiteren sozusagen im Auftrag der Biodiversität im Einsatz auf Streuobstwiesen. Wenn es schon nicht das wirtschaftliche und emotionale Wohl der Tierhalter ist und auch nicht, dass Tierschutz genauso für Nutztiere gelten muss, dann sollte doch wenigstens die Sorge um die Artenvielfalt ein konsequenteres Vorgehen in Sachen Wolf rechtfertigen. Dabei muss man der Politik vor Ort in Wesel aber zugutehalten, dass ihr durch übergeordnete Instanzen die Hände gebunden sind. So nützt es der Bevölkerung am Niederrhein reichlich wenig, wenn sich die Lokalpolitiker wie

gerade gegenseitig Vorhaltungen machen. Das Zepter des Handelns liegt beim Bund und bei den Ländern.

Und dort auch nur zum Teil bei den Agrarministerinnen und -ministern. Die haben sich aber schon in der vergangenen Woche in Büsum wieder nicht auf eine gemeinsame Haltung verständigen können. Mehr bewegen könnten aber die Kolleginnen und Kollegen aus den Umweltressorts von Bund und Ländern. Letztes Mal stand der Wolf bei ihnen im November 2021 auf der Agenda ihrer gemeinsamen Konferenz. Deren nächstes Treffen findet im Mai in Königswinter statt. Da muss das Thema Wolf wieder ganz oben auf die Tagesordnung, und zwar mit einem Bekenntnis, dass der Wolf in unseren Breiten längst den erhaltungswürdigen Zustand erreicht hat und deswegen Entnahmen nach Übergriffen deutlich erleichtert werden müssen. Herr Krischer, jetzt muss mal was passieren!